

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation
für Gesundheit
am 20.03.2014**

**Berichtsbitte von Herrn Rainer Bensch, CDU- Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft,
vom 19.02.2014:**

„Kosten im Gesundheitssystem durch Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien“

A. Problem

Herr Bensch bittet um einen kurzen schriftlichen Bericht zu den Kosten im Gesundheitssystem durch Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Der Bericht sollte insbesondere Antwort auf folgende Fragen geben:

- Wie und von wem wird derzeit festgestellt, ob diese Menschen über eine Krankenversicherung verfügen? Wer übernimmt die Kosten für eine Statusklärung, insbesondere dann, wenn sie nicht in der Humanitären Sprechstunde erfolgt?
- Welche Kosten sind dabei 2012 und 2013 für entstanden? Welche Behandlungskosten sind 2012 und 2013 jeweils entstanden? Welche Kosten sind in den einzelnen Krankenhäusern in Bremen und Bremerhaven entstanden? Welche Kosten sind im ambulanten Bereich entstanden?
- Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Senator in diesem Bereich für 2014 und 2015?
- Welche Maßnahmen plant der Senator, damit die Behandlungskosten zukünftig nicht mehr beim Behandelnden hängen bleiben? Ist, wie im Land Berlin, ein Fonds geplant, um diese Kosten zu übernehmen?

B. Lösung

- Menschen aus den EU- Ländern Rumänien und Bulgarien ohne Krankenversicherungsschutz stellen sich bei gesundheitlichen Problemen zunehmend in den Humanitären Sprechstunden am Gesundheitsamt Bremen und Bremerhaven, die ursprünglich für Menschen ohne Aufenthaltsstatus eingerichtet wurden, vor. Sie machen etwa 50 Prozent der Patienten in Bremen und die überwiegende Anzahl der Patienten in Bremerhaven aus. Die Humanitären Sprechstunden beider Gesundheitsämter sind damit stark belastet. Die separaten Kosten für die Statusklärung sind nicht bekannt.

- Der bisherige Finanzierungsrahmen (35.000 Euro in Bremen einschließlich der Clearingstelle, 15.000 Euro Sachkosten in Bremerhaven) ist nicht für die zunehmende Inanspruchnahme durch diese Bevölkerungsgruppen ausgelegt. Die befristete Aufstockung der personellen und finanziellen Bedarfe für die Humanitäre Sprechstunde in Bremen befindet sich derzeit noch in der Abstimmung zwischen dem Senator für Gesundheit und der Senatorin für Soziales. Auch für die Humanitäre Sprechstunde in Bremerhaven ist aus Sicht des Magistrats eine Anpassung der personellen und finanziellen Ausstattung dringend notwendig.
- Mit Stand August 2013 belaufen sich die Außenstände der Kliniken nach Angaben der Bremer Krankenhausgesellschaft (HBKG) auf bislang 670 T €. Diese setzen sich zusammen aus 500 T€ aus den Kliniken der GeNo, jeweils ca. 35 T€ aus dem DIAKO und St. Josef Stift sowie ca. 100 T€ aus dem Klinikum Bremerhaven Reinkenheide. Die Außenstände im ambulanten Bereich sind dem Senator für Gesundheit nicht bekannt. Einige Ärzte behandeln Menschen ohne Krankenversicherungsschutz auf eigene Kosten. Für 2014 und 2015 sind die zusätzlich entstehenden Kosten nicht vorhersehbar.
- Im Land Bremen ist kein Fonds zur Übernahme der Kosten geplant. Zu einem Fonds in Berlin liegen keine näheren Informationen vor.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen im Rahmen der Erweiterung der Humanitären Sprechstunde in Bremen/Bremerhaven stehen noch nicht abschließend fest. Es sind beide Geschlechter betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.